



Stephan T. Reichel

1. Vorsitzender

Königinstr. 79, 90402 Nürnberg

mobil: ++49 (0) 15125294434 , e-mail: stephan.reichel@matteo-asyl.de

An Frau Bundesinnenministerin Nancy Faeser
An Staatsminister Joachim Herrmann, Leiter der IMK
An die Minister der Innenministerkonferenz in Würzburg

Wann kommt der angekündigte Paradigmenwechsel in der deutschen Asylpolitik? Fragen und Forderungen an die IMK in Würzburg

München/Würzburg, 31.05.2022

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Faeser, sehr geehrter Herr Staatsminister Herrmann, sehr geehrte Innenminister,

Morgen kommen Sie in Würzburg zusammen, um auch über die deutsche Asylpolitik zu beraten. Dies geschieht ein halbes Jahr nach dem Regierungswechsel in Berlin und dem angekündigten „Paradigmenwechsel“ in der deutschen Migrationspolitik, von dem noch nichts zu bemerken ist.

Für uns ist das Anlass, Sie, sehr geehrte Frau Faeser, Ihre Koalition sowie die Sie unterstützenden Innenminister daran zu erinnern, den von vielen erwarteten Wechsel zu Humanität und wirtschaftlicher Vernunft im Asyl endlich umzusetzen.

Der Krieg in der Ukraine und vielleicht auch die Angst der Parteien vor schwierigen Themen im Wahlkampf haben vieles überlagert und

behindert. Bei allem Verständnis breiten sich inzwischen in der Bevölkerung, die mehrheitlich auf Seiten der Schutzsuchenden steht, sowie bei den Unternehmen, Enttäuschung und Unverständnis aus., dass in der Asylpolitik nichts vorangeht. Wir möchten die morgen beginnende IMK zum Anlass nehmen, Sie, Frau Faeser, und die Sie unterstützenden Minister daran zu erinnern, was dringend zu tun ist:

- **Die Dublin-Abschiebungen in Länder mit bekannt gewalttätigen Polizeistrukturen wie Rumänien, Bulgarien, Polen oder Kroatien müssen vollständig und dauerhaft gestoppt werden.** Unser umfassender Bericht über die durchgängig angewandte schwere Gewalt durch rumänische Polizisten und die Misshandlung in verkommenen Gefängnissen vom Januar hat große mediale Resonanz in Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen gefunden. **Dennoch haben Sie, sehr geehrte Frau Faeser, durch Ihre „Beamten aus der alten Zeit“ lediglich mitteilen lassen, dass das Bamf keine Berichte kennen würde, gegen besseres Wissen.** Die Abschiebungen nach Rumänien und Polen sind wegen des Ukraine-Krieges derzeit weitgehend ausgesetzt, aber es gibt weiter Dublin-Bescheide zur Abschiebung dorthin. Unsere Recherchen setzen wir fort, zusammen mit anderen Organisationen, auch für Bulgarien, Polen, Kroatien, Italien und andere Länder. Wir werden nicht aufgeben, bis diese Abschiebungen enden, die der Grund für zahlreiche Kirchenasyle sind, die wir fast täglich einrichten müssen, und die vermeidbar wären.
- **Reformieren und beseitigen Sie die mit den Kirchen nicht vereinbarten inakzeptablen Vorgaben des Bamf zu Kirchenasyl.** Ermöglichen Sie wieder ernsthafte und unabhängige Prüfungen der Härtefälle durch das Bamf. Beseitigen Sie die strukturellen Ursachen, die Kirchenasyl erst notwendig machen. Die Kirchen und ihre karitativen Organisationen beteiligen sich umfassend an der Beschaffung von Wohnraum und Betreuung für die Ukrainer. Wenn wir keine Kirchenasyle mehr machen müssten, hätten wir noch mehr Engagement und Kapazitäten frei.

- **Weiter stellt das Bamf erkennbar falsche Bescheide aus.** Die gerichtliche Aufhebungsquote für negative Bamf-Bescheide (zuletzt über 50%) bleibt hoch. Auch wenn in 2022 ein Ansteigen der Schutzquoten zu beobachten ist, bleibt die Erstanerkennungsquote für syrische Kriegsflüchtlinge nur bei 87%, für afghanische Verfolgte bei 67%, für Opfer der iranischen Diktatur bei 32 %. Es gibt weiter viele negative Bamf-Bescheide für Taliban-Opfer oder neuerdings für Verfolgte des von Putin unterstützte-Regimes in Eritrea. Kriegsflüchtlinge aus Syrien oder Afghanistan werden per Dublin weiter abgeschoben, während für die Ukrainer (zu Recht) Dublin ausgesetzt wird.

85% der seit 2014 nach Deutschland gekommenen 2,1 Mio. Flüchtlinge sind in Deutschland geblieben. Die große Mehrheit der zu uns kommenden Flüchtlinge braucht Schutz, und sie sind keine

„Wirtschaftsmigranten“. Nur 7% wurden abgeschoben. 8% reisten freiwillig aus. 85% blieben hier, weil sie Schutz benötigten, obwohl die Erstanerkennungsquote des Bamf (über die Jahre unter 40%) erkennbar falsch war. Die Bamf-Bescheide müssen künftig von Anfang an richtig und fair sein.

Die gesamte Entscheidungspraxis des Bamf, die so viel Schaden und Leid anrichtet, muss endlich unter neuer Leitung auf den Prüfstand.

- **Wir brauchen nun sehr bald die neuen Integrationsgesetze,** die - wie zu Recht bei den Ukrainern praktiziert - Zugang zu Sprachkursen, Arbeit und Ausbildung für alle Geflüchteten vom ersten Tag an ermöglichen. Es darf keine Schlupflöcher mehr für Länder wie Bayern geben, das gegen die Wünsche und Bedürfnisse von Handwerk und Industrie weiter Beschäftigungs- und Ausbildungsverbote erteilt. Die vielen „Kann-Bestimmungen“, die Bayern und andere Bundesländer missbrauchen, um die bestehenden Asylgesetze auszuhebeln, müssen durch eindeutige Rechtsansprüche auf Integration und Aufenthalt ersetzt werden. Das geplante Gesetz zu einem Chancen-Aufenthaltstitel muss rasch kommen, oder mit einer **sofortigen Vorgriffsregelung**

schon jetzt greifen. Das könnte ab morgen in Würzburg auch von der IMK geregelt werden.

- **Die wichtige Identitätsklärung darf nicht mehr zu Kriminalisierung von gutwilligen Flüchtlingen und Arbeitsverboten führen.** Viele Flüchtlinge haben keine Möglichkeit, Pässe zu beschaffen, und werden dafür von den Behörden bestraft. Andere Flüchtlinge aus dem Iran oder der Türkei werden nach Vorlage der Pässe für die Beschäftigungserlaubnis umgehend auf den Ämtern verhaftet und abgeschoben. Manche Bundesländer verweisen auf den gefährlichen Weg der Ausreise und Wiedereinreise über Visa-Verfahren, die dann von deutschen Botschaften vor Ort behindert werden. Das muss sich ändern.
- **Die versprochene Evakuierung von Ortskräften und besonders Verfolgten aus Afghanistan ist nur teilweise erfolgt.** In Pakistan, dem Iran oder der Türkei sitzen viele Betroffene fest, denen die Botschaften kaum helfen. Vor wenigen Wochen ist ein von der Taliban-Regierung bedrohter ehemaliger Botschaftsrat in Teheran gestorben. Seiner Familie droht nun die Abschiebung nach Afghanistan. Seine Rettung wurde von der Botschaft in Teheran vier Monate verschleppt.
- **Zumindest in Bayern bestehen die unmenschlichen ANKER-Zentren weiter.** Auch in anderen Bundesländern setzt man weiter auf Großlager, die Integration und Schutz behindern. Der Bund muss noch deutlicher die dezentrale Unterbringung fördern und dafür die Rahmenbedingungen setzen. Bei den Ukrainern bewährt sich die dezentrale Verteilung gerade.
- **Die vorbildliche Behandlung der Ukrainerinnen, Ukrainer und ihrer Kinder muss nun auch auf vergleichbar durch Krieg und Bürgerkrieg bedrohte Geflüchtete übertragen werden. Es macht keinen Unterschied, ob man aus der Ukraine, Syrien oder Afghanistan vor Bomben und Gewalt flüchten muss. Flüchtlingshilfe ist unteilbar**

Wir wissen, dass Sie, sehr geehrte Frau Faeser, und Ihre Regierung guten Willens waren. Wir sehen die Mammutaufgabe, vor der Sie stehen, aber sie muss nun endlich angegangen werden. Die morgen beginnende Konferenz bietet dafür eine Chance. Die Mehrheit in der Konferenz sollte doch hinter der Regierung stehen. Andere könnte man durch fachliche Argumente und den Appell an ihr christliches Gewissen gewinnen.

Hier appellieren wir ausdrücklich auch an den Leiter der Konferenz, Herrn Innenminister Herrmann.

Die Dublin-Abschiebungen in problematische Länder könnten Sie angesichts der bekannten Fakten und dem Ukraine-Krieg sofort und dauerhaft beenden. Auch der überfällige Wechsel in der Leitung des Bamf und im Apparat des BMI wäre rasch geboten und möglich.

Wir hoffen weiter. Sie alle haben in Würzburg unsere volle Unterstützung bei Ihren Reformen. Geben Sie den zu uns geflüchteten Menschen und den vielen, die hinter ihnen stehen, eine Chance.

Viel Kraft und Erfolg für Ihre gemeinsame Arbeit!

Herzliche Grüße
Stephan Theo Reichel

